

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 26. Grenzen der Zulässigkeit von Wahlwerbung durch Organe der Vollziehung | 31. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2013            |
| 27. Fragen zum Tiroler Veranstaltungsgesetz                               | 32. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2013 |
| 28. Information zum Sammlungsgesetz 1977                                  |  |
| 29. Finanzdaten der Gemeinde Tirols 2012                                  |  |
| 30. Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2010 bis 2012          | Verbraucherpreisindex für Juni 2013 (vorläufiges Ergebnis)     |

## 26.

### Grenzen der Zulässigkeit von Wahlwerbung durch Organe der Vollziehung

#### 1) Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 28. Juni 2013:

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 28. Juni 2013, GZ W III 2/2013-16, über die Anfechtung des Ergebnisses der am 20. Jänner 2013 durchgeführten Volksbefragung betreffend die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes unter anderem mit der Frage auseinandergesetzt, ob bzw. inwieweit ein Eintreten von Organen der Vollziehung (hier: von Bürgermeister) für ein bestimmtes Ergebnis in amtlichen Mitteilungen zu einer Rechtswidrigkeit des entsprechenden Verfahrens führt.

Der Verfassungsgerichtshof verweist dabei zunächst auf das Erkenntnis in VfSlg. 13.839/1994 betreffend die Volksabstimmung über ein Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Im Hinblick auf den Vorwurf unzulässiger Werbung öffentlicher Stellen für den Gesetzesbeschluss des Nationalrates im Zuge des Volksabstimmungsverfahrens ist darin ausgeführt, „dass die für allgemeine Wahlen grundsätzlich geltenden Regeln der „Freiheit der politischen Willensbildung und Betätigung“ und des Postulates der „Reinheit der Wahlen“, in deren Ergebnis der wahre Wille der Wählerschaft zum Ausdruck kommen soll, unter Bedachtnahme und nach Maßgabe der Unterschiedlichkeiten der beiden Rechtseinrichtungen, auch auf das Ver-

*fahren für Volksabstimmungen nach Art. 43 und 44 Abs. 3 B-VG i. V. m. Art. 46 B-VG zu übertragen sind. Die Werbung für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten dürfe dabei im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung in keiner wie immer gearteten Weise (rechtlich oder faktisch) unterbunden oder auch nur beeinträchtigt werden, so angesichts des verfassungsrechtlichen Gebotes der Freiheit der politischen Willensbildung und Betätigung z. B. auch nicht durch – staatliche – gezielte oder dem gleichkommende massive Desinformation, die im Effekt zur Fehlorientierung der abstimmungsberechtigten Bürger führe. Eine Beeinflussung der Wähler durch mündliche oder schriftliche Agitation werde nur dann für relevant erachtet, wenn sie die zum Schutz der Wahlfreiheit gezogenen Schranken überschreite (VfSlg. 47/1921).“*

Diese Überlegungen finden – so der VfGH weiter – grundsätzlich auch im Zusammenhang mit der Durchführung von Volksbefragungen Anwendung. Er führt dazu wörtlich aus wie folgt:

*„Wenngleich bei einer Volksbefragung – anders als bei einer Volksabstimmung – noch keine staatliche Maßnahme vorliegt, für die staatliche Organe legitimerweise werben dürfen, steht das Neutralitätsgebot nicht jeglicher Form der Äußerung in Bezug auf die bei der Volksbefragung angebotenen Lösungsvorschläge entgegen. Grundsätzlich steht es den als Organen der Vollziehung fungierenden Personen – ebenso wie Mitgliedern der Bundesregierung und den sonstigen obersten Organen der Vollziehung sowie den*

*Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften – frei, in Unterstützung und Verfolgung ihrer politischen Ziele Empfehlungen für die Volksbefragung abzugeben und dafür auch öffentlich einzustehen (vgl. VfSlg. 13.839/1994). Dies bedeutet aber freilich nicht, dass es bei Volksbefragungen zulässig ist, in ‚amtlichen Mitteilungen‘ oder als solche gekennzeichneten Schreiben in subjektiv wertender Weise für ein Ergebnis einzutreten und in dieser Hinsicht auf die Stimmberechtigten Einfluss zu nehmen (vgl. VfSlg. 17.418/2004, 19.107/2010).“*

Der Verfassungsgerichtshof kommt – ohne die Frage der Rechtswidrigkeit abschließend zu beantworten – letztlich zum Ergebnis, dass die behauptete Rechtswidrigkeit im vorliegenden Fall bei der gegebenen Beteiligung im Hinblick auf das bundesweite Gesamtergebnis lediglich zu einer Verschiebung um höchstens 0,2% der Stimmen führen hätte können. Da eine derart geringfügige Abweichung jedoch nicht als Einfluss auf das Ergebnis der Volksbefragung gewertet werden kann, hat der VfGH der Anfechtung nicht stattgegeben.

## 2) Nationalratswahl 2013:

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl des Nationalrates wird daher – insbesondere auch im Hinblick auf allfällige strafrechtliche Konsequenzen – nochmals eindringlich auf Folgendes hingewiesen:

Die Gemeinde ist aus der Wahlwerbung herauszuhalten. Es ist nicht zulässig, Wahlwerbung mit dem Briefkopf der Gemeinde, mit dem Gemeindewappen oder der Aufschrift „Gemeinde .....“ usw., zu betreiben bzw. die Gemeinde durch die Herstellung und die Versendung von für die Wahlwerbung bestimmten Schriftstücken im und durch das Gemeindeamt zu belasten.

Es ist das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters, zu ihrer politischen Gesinnung zu stehen und ihrer politi-

schen Gesinnung nahestehende Wahlwerber zum Gemeinderat, zum Bürgermeister, zum Landtag, zum Nationalrat, zum Bundespräsidenten oder zum europäischen Parlament nach Kräften zu unterstützen. Allerdings ist diese persönliche Unterstützung dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass ein **persönlicher Briefkopf** verwendet wird. Gegen die Verwendung der auf die Person zutreffende Funktionsbezeichnung „Bürgermeisterin“ oder „Bürgermeister“ ist nichts einzuwenden; ebenso ist auch nicht zu beanstanden, wenn die Wahlwerbung mit sachlicher Information, wie Hinweisen auf Ort und Zeit der Stimmabgabe usw., verbunden wird. Diese **„Werbung“** muss jedoch **eindeutig als persönliches Anliegen und persönliche Botschaft** erkennbar sein. **Jeder irreführende Bezug zur Gemeinde** sowie jede Belastung der Gemeinde durch die Herstellung und die Versendung von für die Wahlwerbung bestimmten Schriftstücken im und durch das Gemeindeamt sind daher zu unterlassen.

Nach der Judikatur des VfGH wäre ein Schreiben mit folgenden Merkmalen als unzulässige Einflussnahme zu werten:

- Briefkopf mit Aufdruck „Gemeinde ...“
- Verwendung des Gemeindewappens und/oder des Gemeindesiegels
- Fertigung: „Für die Gemeinde .. „ oder „Ihr/euer Bürgermeister“
- Kennzeichnung als „amtliche Mitteilung“
- Das Schreiben enthält nicht bloß eine Information über Wahltag, Wahlzeit ..., sondern auch subjektiv wertende Äußerungen in eine bestimmte Richtung.

Bei Vorliegen dieser Merkmale – es genügen auch einzelne davon – geht der VfGH von einer unzulässigen Einflussnahme auf das Wahlverfahren aus, welche zu einer Aufhebung des Wahlverfahrens führen kann.

# 27.

## Fragen zum Tiroler Veranstaltungsgesetz

### Sicherheits- und rettungstechnisches Konzept

Ergänzend zum Beitrag im Merkblatt Ausgabe Dezember 2012, in welchem die Neuerungen des Tiroler Veranstaltungsgesetzes – TVG durch die Novelle LGBl. Nr. 129/2012 dargestellt wurden, wird im Folgenden auf die Bestimmung des § 6a näher eingegangen:

Bei Großveranstaltungen **hat die Behörde** vor der Genehmigung der Veranstaltung zum sicherheits- und

rettungstechnischen Konzept eine **Stellungnahme der in erster Instanz örtlich zuständigen Sicherheitsbehörde** einzuholen.

Das Sicherheitspolizeigesetz – SPG regelt die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei (§ 1 leg. cit).

Nach § 2 Abs. 2 des Sicherheitspolizeigesetzes besteht die **Sicherheitsverwaltung** aus der Sicherheitspolizei, dem Pass- und dem Meldewesen, der Fremdenpo-

lizei, der Überwachung des Eintrittes in das Bundesgebiet und des Austrittes aus ihm, dem Waffen-, Munitions-, Schieß- und Sprengmittelwesen sowie aus dem Pressewesen und den Vereins- und Versammlungsangelegenheiten.

Nach § 3 leg. cit. besteht die **Sicherheitspolizei** aus der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ausgenommen die örtliche Sicherheitspolizei (Art. 10 Abs. 1 Z. 7 B-VG), und aus der ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht.

Nach § 9 leg. cit. obliegt außerhalb des Gebietes der Stadt Innsbruck die Sicherheitsverwaltung den Bezirksverwaltungsbehörden; in Innsbruck ist die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz. Die Bezirks- und Stadtpolizeikommanden und deren Polizeiinspektionen sind diesen bei der Besorgung der Sicherheitsverwaltung unterstellt.

Neben der dem Veranstalter obliegenden, in der Praxis aber zum Teil nur unzureichend wahrgenommenen Beziehung der Sicherheitsbehörde bei der Erstellung eines sicherheits- und rettungstechnischen Konzeptes, wurde die Einbeziehung der Sicherheitsbehörde nunmehr in den **Aufgabenbereich der Veranstaltungsbehörde** übertragen. Diese hat zumindest bei allen Großveranstaltungen, zu denen mehr als 1.000 Besucher oder Teilnehmer gleichzeitig erwartet werden, als **zusätzliche Entscheidungsgrundlage** vor dem Abschluss des Verfahrens eine Stellungnahme zum sicherheits- und rettungstechnischen Konzept einzuholen. Bei der von ihnen abzugebenden Stellungnahme haben die Sicherheitsbehörden auch darauf zu achten, ob Verkehrsmaßnahmen notwendig sind, wozu eine zusätzliche Stellungnahme der Verkehrsbehörde eingeholt werden kann.

Die Veranstaltungsbehörde hat dazu der Sicherheitsbehörde die Anmeldung samt Planbeilagen und alle im § 6a Abs. 1 TVG geforderten Unterlagen zu übermitteln. Die Unterlagen bilden eine **Bringschuld des Veranstalters**, in welchen dieser rechtzeitig und umfassend darzulegen hat, welche **sicherheitstechnischen und rettungstechnischen Maßnahmen** getroffen werden, weiters ob ein **Ordnerdienst** eingesetzt wird und welche **Maßnahmen zur Vermeidung von Notfällen** und zur Verminderung ihrer Auswirkungen ergriffen werden. Zudem ist **vom Veranstalter eine schriftliche Stellungnahme des Trägers des Rettungsdienstes und der örtlichen Feuerwehr** vorzulegen.

Unvollständige Einreichunterlagen sind von der Veranstaltungsbehörde unter Setzung einer Frist nachzufordern (vgl. § 7 Abs. 2 TVG). **Die Behörde hat die Ver-**

**anstaltung zu untersagen**, wenn die Anmeldung nicht unverzüglich verbessert wird und damit das Vorliegen der Voraussetzungen nach diesem Gesetz nicht hinreichend beurteilt werden kann.

Insgesamt soll diese Bestimmung über die im § 27 Abs. 1 TVG vorgesehenen Informationspflichten hinaus zu einer verbesserten Abstimmung zwischen den Behörden im Vorfeld einer Veranstaltung führen und damit der Erhöhung der Sicherheit der Veranstaltung dienen.

Es darf in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht werden, dass durch ein redaktionelles Versehen in der 14. Auflage des Kodex Landesrecht Band II auf S. 339 im § 7 Abs. 1 der letzte Satz nicht abgedruckt wurde, welcher nach wie vor lautet:

„Wird die Veranstaltung nicht untersagt, so hat die Behörde dem Anmelder darüber eine **Bescheinigung** auszustellen. Eine Ausfertigung der die Betriebsanlage betreffenden Unterlagen ist dem Anmelder mit dem entsprechenden Vermerk zurückzusenden.“ (siehe auch die im RIS abrufbare aktuelle Fassung des TVG).

### Lärmbelästigung

Die Veranstaltungsbehörde hat bei jeder Veranstaltung **auf die Lärmintensität einer Veranstaltung Bedacht zu nehmen**, damit diese nicht zu einer unzumutbaren Belästigung der umliegenden Wohnbevölkerung oder zu einer Gesundheitsgefährdung der Teilnehmer wird (vgl. § 3 Abs. 1 lit. d TVG). Insbesondere bei Freiluftveranstaltungen mit Musik hat jede Anmeldung genaue Angaben über die verwendeten Musikanlagen samt Verstärkern und hinsichtlich der Lärmpegelbegrenzung eine maximale Dezibelanzahl zu enthalten. Infolge § 3 Abs. 1 TVG hat die Behörde nötigenfalls durch die Vorschreibung eines Pegelbegrenzers und der Beschränkung der Dauer der Veranstaltung der Bevölkerung die Nachtruhe (22.00 Uhr, in Ausnahmefällen 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr) zu erhalten.

Das Umweltbundesamt hat dazu eine **Lärmschutzrichtlinie für Freiluftveranstaltungen** herausgegeben, in welcher u. a. Grundlagen zum Schutz von Nachbarn und Besuchern festgeschrieben sind (vgl. [www.umweltbundesamt.at](http://www.umweltbundesamt.at), Ausgabe 2011).

### Schaumparty

Die in letzter Zeit immer populärer werdenden Schaumparties bergen ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko. Eine Schaumparty ist eine Veranstaltung, bei der die Tanzfläche mithilfe von Leichtschaumgeneratoren (auch Schaumkanonen genannt) und Seifenlösung komplett mit Schaum bedeckt wird. Da bei

einer Schaumparty in der Regel die gesamte Körperoberfläche in Kontakt mit der Seifenlösung gerät, muss deren korrekte Herstellung – insbesondere das richtige Verhältnis von Schaumflüssigkeit zu Wasser – unbedingt gewährleistet sein. So können etwa nicht herstellergerechte Gemische starke Reizungen der Haut, der Schleimhäute sowie der Atemwege verursachen. Darüber hinaus besteht Rutschgefahr auf den meist glitschigen Böden. Beides kann Panik unter den Besuchern verursachen. Ohne eine entsprechende Anzahl an Sicherheitspersonal darf die Schaumhöhe eine gewisse Höhe nicht überschreiten, will man schwere Unfälle vermeiden.

Aufgrund des aufgezeigten Sicherheitsrisikos ist eine Bescheinigung nur für zeitgerecht eingebrachte und voll-

ständige Anmeldungen auszustellen, bei denen eine genaue Beschreibung über die Sicherheitsvorkehrungen, die Haut- bzw. Atemwegsverträglichkeit der Schaumlösung, die Rutschfestigkeit des Bodens etc. enthalten ist (vgl. § 6 Abs. 3 TVG). In diesem Zusammenhang soll auch auf den Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung des Veranstalters geachtet werden (vgl. § 8 Abs. 3 TVG).

Die Behörde kann mittels Auflage unter Beiziehung eines Sachverständigen die Schaumhöhe begrenzen. Weiters soll vorgeschrieben werden, dass der Schaumbereich laufend durch Sicherheitspersonal auf allenfalls gestürzte und am Boden liegende Besucher zu kontrollieren ist.

## 28.

### Information zum Sammlungsgesetz 1977

Aus gegebenem Anlass darf auf einige Bestimmungen des (Tiroler) Sammlungsgesetzes 1977, LGBL Nr. 40, in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr. 94/2012, aufmerksam gemacht werden:

Die Behörden hinsichtlich einer Entscheidung über ein Ansuchen um Erteilung einer Sammlungsbewilligung sind (§ 5 Abs. 1):

a) die **Gemeinde** bei Sammlungen, die sich auf das Gebiet einer Gemeinde beschränken und deren Ergebnis innerhalb derselben Gemeinde verwendet werden soll oder für Zwecke bestimmt ist, die dieser Gemeinde zugute kommen,

b) die **Bezirksverwaltungsbehörde** bei Sammlungen, die sich auf das Gebiet eines politischen Bezirks beschränken und

c) die **Landesregierung** in allen übrigen Fällen.

Im Bescheid (Sammlungsbewilligung) ist neben der Festlegung des zeitlichen und örtlichen Geltungsbereichs, der Verwendung des Sammlungsergebnisses und der Art und des Ausmaßes der Entlohnung der die

Sammlung durchführenden Personen auch anzuordnen, wie die Sammlung durchzuführen ist (mit Sammelbüchern und/oder mit Sammellisten) und wie diese gekennzeichnet werden sollen (z. B. dass jedermann den Veranstalter der Sammlung und den Sammlungszweck deutlich erkennen kann), und insbesondere auch, dass die als Sammler eingesetzten Personen einen **Sammlungsausweis mit sich führen und diesen auf Verlangen vorweisen müssen** (§ 4 Abs. 5).

**Das Aufsuchen von Dienststellen des Bundes, des Landes, der Gemeinden, anderer Körperschaften öffentlichen Rechts und von Schulen zur Durchführung von Sammlungen ist verboten** (§ 6). Dieses Verbot soll Behinderungen des Dienst- bzw. Schulbetriebes hintanhalten. Zu diesen Dienststellen zählen auch die Gemeindeämter. Personen, die in einem Gemeindeamt Geld- oder Sachspenden sammeln wollen, sollten daher darauf aufmerksam gemacht werden, dass dies eine Verwaltungsübertretung darstellt und zu unterlassen ist.

Dr. Arthur Oberauer  
Abteilung Soziales

## Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2012

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	Imst - 24 G		Ibk.-Land - 65 G		Kitzbühel - 29 G		Kufstein - 30 G		Landeck - 30 G		Lienz - 33 G		Reutte - 37 G		Schwaz 39 G		Su. Bezirke - 278 G		Ibk.-Stadt - 1 G		Summe Tirol 279 G		
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro
Einwohnerzahl lt. Registerz. 31.10.2010	56.401	9,60	165.661	28,19	61.616	10,48	100.324	17,07	43.603	7,42	49.672	8,45	31.649	5,39	78.787	13,41	587.713	100,00	119.860	16,94	707.573	100,00	
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	91.177	9,58	268.529	28,20	99.321	10,43	163.353	17,16	70.285	7,38	80.723	8,48	51.016	5,36	127.710	13,41	932.114	100,00	279.673	22,70	1.231.788	100,00	
Finanzkraft I für 2012	8.328.835	8,75	23.726.477	24,93	12.333.682	12,96	17.887.849	18,79	7.509.289	7,89	5.834.445	6,13	5.975.803	6,28	13.586.759	14,27	95.183.149	100,00	25.614.290	21,20	120.797.939	100,00	
1 Ordentliche Einnahmen 1)	137.596.186	2.440	372.705.728	2.250	158.768.206	2.257	228.467.947	2.227	119.731.582	2.746	115.966.180	2.335	94.108.981	2.974	190.876.459	2.423	1.418.221.268	2.413	312.585.361	2.608	1.730.806.629	2.446	
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	13.237.127	235	47.637.700	288	13.529.080	220	26.118.243	260	14.737.363	338	14.470.906	2.391	7.705.735	243	24.972.058	317	162.408.211	276	39.719.354	331	202.127.565	286	
3 Gesamteinnahmen in % der Bezirkssumme	150.833.313	2.674	420.343.428	2.537	172.297.286	2.796	254.586.189	2.538	134.468.944	3.084	130.437.086	2.626	101.814.716	3.217	215.848.517	2.740	1.580.629.479	2.689	352.304.715	2.939	1.932.934.194	2.732	
4 Personalaufwand 2)	27.749.292	492	83.030.252	495	33.575.496	545	50.810.424	506	21.146.463	485	22.394.214	451	15.752.905	498	33.333.350	423	286.792.334	488	66.872.627	558	353.664.961	500	
5 Sachaufwand	107.307.719	1.902	289.188.474	1.746	127.238.024	2.065	177.747.218	1.772	98.016.906	2.425	92.914.966	1.871	76.736.906	2.425	155.668.460	1.976	1.124.815.370	1.914	245.656.516	2.050	1.370.471.886	1.937	
6 Ordentliche Ausgaben 1)	135.052.011	2.394	371.218.728	2.241	160.813.520	2.610	228.557.641	2.278	119.165.004	2.733	115.309.180	2.321	92.489.811	2.922	189.001.810	2.399	1.411.607.704	2.402	312.529.143	2.607	1.724.136.847	2.437	
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	15.097.084	268	46.662.853	282	12.869.910	209	22.817.518	227	13.721.746	315	15.060.853	303	8.140.921	257	22.061.858	280	156.432.743	266	39.719.354	331	196.152.097	277	
8 Gesamtausgaben in % der Bezirkssumme	150.149.095	2.662	417.881.581	2.523	173.683.430	2.819	251.375.159	2.526	132.886.750	3.048	130.370.033	2.625	100.630.732	3.180	211.063.668	2.679	1.568.040.447	2.668	352.248.497	2.939	1.920.288.944	2.714	
Eigene Steuern:																							
9 Grundsteuer A	73.404	1	188.662	1	162.421	3	164.709	2	62.013	1	93.164	2	85.770	3	149.004	2	979.147	2	11.465	0	990.612	1	
10 Grundsteuer B	4.849.130	86	12.428.120	75	8.399.947	136	8.121.247	81	4.432.742	102	2.735.533	55	3.138.591	99	6.143.841	78	50.249.151	85	10.860.640	91	61.109.791	86	
11 Kommunalsteuer	13.843.587	245	41.670.063	252	17.707.271	287	33.387.436	333	12.392.502	284	10.765.450	217	10.769.054	340	25.993.908	330	166.529.272	283	49.455.662	413	215.984.934	305	
12 Vergnügungssteuer	20.098	0	93.198	1	461.499	7	167.708	2	107.294	2	83.853	2	6.340	0	52.639	1	992.629	2	755.353	6	1.747.982	2	
13 Hundesteuer	135.281	2	409.905	2	144.129	2	184.266	2	81.793	2	74.804	2	62.782	2	168.804	2	1.261.762	2	320.598	3	1.582.360	2	
14 Gebrauchsabgabe	290.673	5	1.097.149	7	1.024.998	17	1.715.692	17	310.893	7	77.057	2	1.058.176	33	62.492	9	8.217.175	11	674.428	69	14.466.481	20	
15 Verwaltungsvergütung	311.679	6	780.009	5	507.011	8	565.764	6	311.557	7	275.410	6	165.720	5	429.270	5	3.346.419	6	1.648.790	14	4.995.209	7	
16 Sonstige Gemeindegaben 3)	222.158	4	131.023	1	354.937	6	473.582	5	300.909	7	800.824	16	124.779	4	579.277	7	2.987.488	5	5.867.778	49	8.855.266	13	
17 Sonstige alte Gemeindegaben 4)	-31.709	-1	-106.583	-1	571	0	-22.864	0	-16.181	0	-2.072	0	524	0	0	0	-185.197	0	-43.477	0	-228.674	0	
18 Zinsen/Erträge n.VerkAusschIA/bG	2.467.328	44	7.059.449	43	3.526.632	57	3.717.440	37	1.626.549	37	2.654.662	53	1.190.330	38	3.104.839	39	25.347.231	43	3.727.222	31	29.074.453	41	
19 Summe Eigene Steuern	22.181.628	393	63.750.720	385	32.289.415	524	48.474.981	483	19.620.070	450	17.558.684	353	16.602.066	525	37.279.403	473	257.576.967	439	80.821.447	674	338.578.413	479	
20 Abgabenbeiträge (Posten 96)	42.135.221	747	126.539.956	764	45.049.908	731	77.661.218	774	32.343.943	742	38.431.196	774	23.334.381	737	59.431.371	794	444.929.194	757	142.069.160	1.185	586.998.353	830	
21 Spielbankabgabe 6)	0	0	886.111	5	386.005	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.272.116	2	1.001.365	8	2.273.481	3	
22 Getränkeausgleich	5.958.503	106	9.769.415	59	7.074.943	115	7.259.178	72	6.880.647	158	3.264.280	66	3.543.456	112	8.561.186	109	52.311.608	89	9.140.155	76	61.451.763	87	
23 Summe Abgabentragsanteile	48.093.724	853	137.195.482	828	52.510.856	852	84.920.396	846	39.222.690	900	41.695.476	839	26.877.837	849	67.992.557	863	498.512.918	848	152.210.679	1.270	650.723.597	920	
24 Weitere Einnahmen:																							
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 7)	18.266.320	324	37.139.519	224	19.112.978	310	17.137.213	171	17.020.157	390	13.561.612	273	9.012.083	285	21.003.320	267	152.250.203	259	17.842.537	149	170.092.740	240	
26 Bedarfzuweisungen 8)	9.032.482	160	16.793.843	101	7.296.503	118	7.939.206	79	6.649.137	152	10.624.322	214	7.573.600	239	10.177.270	129	76.086.363	129	9.000.000	75	85.086.363	120	
27 Summe Zellen 19, 23 und 25 bis 26	97.571.154	1.730	254.879.563	1.539	111.209.752	1.805	158.471.796	1.580	82.515.954	1.892	83.440.094	1.680	60.565.586	1.898	136.452.551	1.732	984.606.451	1.675	259.874.663	2.168	1.244.481.113	1.759	
28 Darlehensaufnahmen	5.147.522	91	21.869.189	132	7.755.245	126	8.053.793	80	4.019.500	92	9.485.455	191	6.127.055	194	13.886.229	176	76.343.989	130	0	0	76.343.989	108	
29 Schuldzinsen	1.467.030	26	3.293.340	20	1.128.438	18	1.481.728	15	1.270.222	29	1.630.216	33	1.084.596	34	1.715.982	22	13.071.552	22	2.138.867	22	13.285.418	19	
30 laufende Schuldentilgung	8.428.583	149	11.858.019	72	5.340.212	87	7.924.963	79	6.853.137	157	5.712.583	180	4.934.413	180	9.434.413	120	62.138.588	106	787.801	7	62.926.388	89	
31 Schuldenstand zum 31.12.	88.779.758	1.574	176.512.655	1.066	68.095.005	1.105	87.597.437	873	79.389.104	1.821	75.366.361	1.517	61.629.514	1.947	121.454.675	1.542	758.824.508	1.291	13.504.931	113	772.329.439	1.092	
32 Stand an Häufigungen zum 31.12.	5.692.215	101	130.143.601	786	130.990.874	2.126	76.479.275	762	47.716.767	1.094	24.926.816	502	15.403.771	487	61.988.272	787	493.341.592	839	177.643.607	1.482	670.985.199	948	
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12. Vermögen zum 31.12.:	8.039.831	143	29.633.698	179	8.434.639	137	6.712.381	67	6.216.559	143	10.226.154	206	2.688.647	85	6.839.401	87	78.791.310	134	0	0	78.791.310	111	
34 Zuführungen an Rücklagen	2.293.349	41	11.950.588	72	3.455.342	56	5.719.847	57	2.241.624	51	4.107.995	83	1.599.416	51	2.576.679	33	33.944.841	58	478.574	4	34.423.415	49	
35 Stand an Rücklagen	7.174.239	127	36.042.847	218	19.883.382	323	21.276.223	212	9.036.408	207	4.013.342	127	8.052.108	127	8.052.108	102	116.419.333	198	19.909.013	166	136.328.346	193	
36 Stand an Darlehensforderungen	131.382	2	3.759.916	23	1.569.629	25	966.478	10	2.011.680	46	392.833	8	1.638.311	1	363.297	5	9.211.600	10	7.954.759	81	18.966.359	27	
37 Stand an Beteiligungen	26.838.030	476	11.048.256	67	31.315.388	508	50.859.877	507	23.964.279	550	4.952.455	100	14.162.105	131	16.102.115	204	169.224.307	288	24.773.509	207	193.997.816	274	
38 Stand an Wertpapieren	258.426	5	2.158.522	13	1.363.725	22	4.267.277	43	978.800	22	6.777.300	136	400.576	13	761.320	10	16.963.946	29	0	0	16.963.946	24	
39 Zuführungen an a.o. Haushalt	3.563.576	63	8.725.166	53	2.685.814	44	8.001.948	80	5.127.378														

# 30.

## Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2010 bis 2012

Bezirke-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL					
	2010 (278 Gem.)		2011 (278 Gem.)		2012 (278 Gem.)		2010		2011		2012		2010 (279 Gem.)		2011 (279 Gem.)		2012 (279 Gem.)	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
Einwohnerzahl lt. Registerz. 2008/09/10	584.262	2.158	585.894	2.299	587.713	1.183.037	119.026	118.360	118.360	702.299	2.534	704.920	2.334	707.573	2.446			
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	890.655	295	949.127	324	952.114	275.420	277.727	279.673	279.673	1.166.075	331	1.226.854	269	1.231.788	286			
Finanzkraft I	91.863,371	2.156	92.401,807	2.534	95.183,149	24.661,625	24.984,801	25.614,790	25.614,790	116.524,996	331	117.386,638	269	120.797,939	286			
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.260.836,304	2.959	1.347.068,501	2.999	1.418.221,268	2.413	2.489	2.508	2.508	2.508	2.608	2.608	2.608	2.608	2.608			
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	172.528,656	295	137.341,057	234	162.408,211	276	433	433	433	433	433	433	433	433	433			
3 Gesamteinnahmen	1.433.364,960	2.453	1.484.409,558	2.534	1.580.629,479	2.689	3.448	3.448	3.448	3.448	3.448	3.448	3.448	3.448	3.448			
4 Personalaufwand 2)	263.687,998	451	271.613,105	464	286.792,334	488	532	532	532	532	532	532	532	532	532			
5 Sachaufwand	996.271,560	1.705	1.069,641,455	1.826	1.124.815,370	1.914	1.961	1.961	1.961	1.961	1.961	1.961	1.961	1.961	1.961			
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.259,959,558	2.156	1.341,254,560	2.289	1.411,607,794	2.402	2.493	2.505	2.505	2.505	2.607	2.607	2.607	2.607	2.607			
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	165.220,522	283	145,807,665	249	156,432,743	266	433	433	433	433	433	433	433	433	433			
8 Gesamtausgaben	1.425.180,080	2.439	1.487,062,225	2.538	1.568,040,447	2.668	2.925	2.944	2.944	2.944	2.944	2.944	2.944	2.944	2.944			
Eigene Steuern:																		
9 Grundsteuer A	976,573	2	978,406	2	979,147	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
10 Grundsteuer B	48.102,230	82	49,480,474	84	50,249,151	85	90	90	90	90	90	90	90	90	90			
11 Kommunalsteuer	151,088,244	259	158,584,416	271	166,529,272	283	388	403	403	403	403	403	403	403	403			
12 Vergütungssteuer	2.334,351	4	1.380,657	2	992,629	2	21	13	13	13	13	13	13	13	13			
13 Hundsteuer	1.054,396	2	1.170,045	2	1.261,762	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3			
14 Gebrauchsabgabe	6.017,710	10	6,748,616	12	7,429,066	11	74	64	64	64	64	64	64	64	64			
15 Verwaltungsabgabe	3,299,816	6	3,483,916	6	3,346,419	6	15	13	13	13	13	13	13	13	13			
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	2,756,671	5	2,984,866	5	2,987,488	5	4	5	5	5	5	5	5	5	5			
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-226,644	0	-271,210	0	-185,197	0	-15	0	0	0	0	0	0	0	0			
18 Interesseneinträge n. Verkaufschl. Abg	23,725,069	41	23,670,594	40	23,347,231	43	55	38	38	38	38	38	38	38	38			
19 Summe Eigene Steuern	239,128,416	409	248,210,780	424	257,756,967	439	694	674	674	674	674	674	674	674	674			
20 Abgabentragsanteile 5)	381,292,208	653	426,633,825	728	444,929,194	757	1,059	1,136	1,136	1,136	1,136	1,136	1,136	1,136	1,136			
21 Spielabgabe 6)	1,428,303	2	1,173,611	2	1,272,116	2	12	8	8	8	8	8	8	8	8			
22 Getränkeausgleich	47,648,133	82	50,549,333	86	52,311,608	89	70	69	69	69	69	69	69	69	69			
23 Summe Abgabentragsanteile	430,368,644	737	478,356,769	816	498,512,918	848	1,141	1,214	1,214	1,214	1,214	1,214	1,214	1,214	1,214			
24 Weitere Einnahmen:																		
25 Benützungsgeldern nach dem FAG 7)	142,262,228	243	144,939,677	247	152,250,203	259	148	148	148	148	148	148	148	148	148			
26 Bedarfszuweisungen 8)	70,729,753	121	72,249,316	123	76,086,363	129	76	76	76	76	76	76	76	76	76			
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	882,489,040	1.510	943,756,542	1.611	984,606,451	1.675	2,060	2,112	2,112	2,112	2,112	2,112	2,112	2,112	2,112			
Verpflichtungen zum 31.12.:																		
28 Darlehensaufnahmen	71,780,282	123	52,986,477	90	76,343,989	130	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
29 Schuldzinsen	12,590,504	22	14,479,670	25	13,071,552	22	2	2	2	2	2	2	2	2	2			
30 laufende Schuldentilgung	59,257,253	101	60,892,022	104	62,138,588	106	7	5	5	5	5	5	5	5	5			
31 Schuldenstand zum 31.12.	791,498,923	1.355	769,437,804	1.313	758,824,508	1.291	126	120	120	120	120	120	120	120	120			
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	365,114,020	625	375,366,586	641	493,341,592	839	1,085	1,799	1,799	1,799	1,799	1,799	1,799	1,799	1,799			
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	72,824,103	125	86,287,981	147	78,791,310	134	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
Vermögen zum 31.12.:																		
34 Zuführungen an Rücklagen	27,646,849	47	38,418,686	66	33,944,841	58	37	15	15	15	15	15	15	15	15			
35 Stand an Rücklagen	101,941,368	174	110,788,723	189	116,419,333	198	175	163	163	163	163	163	163	163	163			
36 Stand an Darlehensforderungen	7,339,750	13	7,463,164	13	9,211,600	16	94	91	91	91	91	91	91	91	91			
37 Stand an Beteiligungen	162,605,581	278	162,428,783	277	169,224,307	288	205	203	203	203	203	203	203	203	203			
38 Stand an Wertpapieren	20,644,727	35	20,103,058	34	16,963,946	29	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
39 Zuführung an a.o. Haushalt	27,835,058	48	29,885,001	51	31,879,843	54	128	95	95	95	95	95	95	95	95			
40 Zahl der Beamten 9)	303		291		282		228	208	208	208	208	208	208	208	208			
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	6,318		6,060		6,203		1,188	1,288	1,288	1,288	1,288	1,288	1,288	1,288	1,288			
42 Summe ständig Bedienstete (VBA) 10)	6,318		6,351		6,485		1,416	1,496	1,496	1,496	1,496	1,496	1,496	1,496	1,496			

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96<sup>4</sup>) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche, Sonstige Abgaben etc.

4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Ankindeungsabgabe, Minusbeiträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbepachte und Werbesteuer-Ausgl., Ausgl. Voranteil und Ausgl. Selbstträgerschaft.

# 31.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2013

Ertragsanteile an	August		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-941.780	-528.999	412.781	43,83
Lohnsteuer	18.162.944	19.902.104	1.739.160	9,58
Kapitalertragsteuer	1.378.401	1.659.105	280.703	20,36
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	525.984	357.657	-168.327	-32,00
Körperschaftsteuer	-247.430	-428.889	-181.459	73,34
Erbschafts- und Schenkungssteuer	8.909	4.695	-4.213	-47,29
Stiftungseingangssteuer	12.192	10.519	-1.672	-13,72
Bodenwertabgabe	8.116	23.792	15.676	193,14
Stabilitätsabgabe	8.603	19.278	10.675	124,09
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>18.915.938</b>	<b>21.019.262</b>	<b>2.103.324</b>	<b>11,12</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	17.607.323	19.411.167	1.803.844	10,24
Abgabe von alkoholischen Getränken	52	22	-30	-57,86
Tabaksteuer	2.257.233	1.422.377	-834.856	-36,99
Biersteuer	172.800	77.314	-95.486	-55,26
Mineralölsteuer	3.406.188	3.404.948	-1.241	-0,04
Alkoholsteuer	86.187	89.862	3.675	4,26
Schaumweinsteuer	770	1.101	331	43,04
Kapitalverkehrssteuern	28.165	92.139	63.974	227,15
Werbeabgabe	391.471	363.701	-27.770	-7,09
Energieabgabe	860.928	751.993	-108.935	-12,65
Normverbrauchsabgabe	474.820	458.174	-16.646	-3,51
Flugabgabe	78.802	72.170	-6.632	-8,42
Grunderwerbsteuer	8.618.667	7.114.096	-1.504.571	-17,46
Versicherungssteuer	838.906	876.944	38.038	4,53
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.482.988	1.549.187	66.199	4,46
KFZ-Steuer	-58	1.611	1.669	2896,64
Konzessionsabgabe	139.904	138.663	-1.240	-0,89
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>36.445.146</b>	<b>35.825.470</b>	<b>-619.676</b>	<b>-1,70</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>35.566.062</b>	<b>34.946.387</b>	<b>-619.676</b>	<b>-1,74</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>54.482.000</b>	<b>55.965.649</b>	<b>1.483.649</b>	<b>2,72</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.708.378	5.171.536	463.158	9,84
Werbesteuerausgleich	62.905	58.418	-4.487	-7,13
Werbeabgabe nach der Volkszahl	328.567	305.283	-23.284	-7,09
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

## 32.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2013

Ertragsanteile an	Jänner - August		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	13.399.160	15.052.958	1.653.798	12,34
Lohnsteuer	142.730.021	152.611.090	9.881.069	6,92
Kapitalertragsteuer	8.161.213	8.563.824	402.610	4,93
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	3.882.405	4.391.944	509.538	13,12
Körperschaftsteuer	31.370.984	32.868.732	1.497.748	4,77
Erbschafts- und Schenkungssteuer	170.984	85.656	-85.328	-49,90
Stiftungseingangssteuer	84.453	60.514	-23.940	-28,35
Bodenwertabgabe	475.833	481.190	5.357	1,13
Stabilitätsabgabe	3.238.836	2.779.042	-459.794	-14,20
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>203.513.891</b>	<b>216.894.949</b>	<b>13.381.059</b>	<b>6,58</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer **)	151.130.294	156.416.940	5.286.646	3,50
Abgabe von alkoholischen Getränken	247	183	-64	-26,06
Tabaksteuer	9.914.605	10.394.236	479.631	4,84
Biersteuer	1.194.472	1.171.942	-22.530	-1,89
Mineralölsteuer	26.760.172	26.520.856	-239.316	-0,89
Alkoholsteuer	879.682	859.704	-19.979	-2,27
Schaumweinsteuer	8.042	7.821	-221	-2,75
Kapitalverkehrssteuern	377.177	363.126	-14.051	-3,73
Werbeabgabe	2.736.537	2.722.838	-13.700	-0,50
Energieabgabe	6.177.672	6.172.058	-5.614	-0,09
Normverbrauchsabgabe	3.248.257	2.923.742	-324.515	-9,99
Flugabgabe	644.392	623.658	-20.734	-3,22
Grunderwerbsteuer	61.873.241	55.211.922	-6.661.319	-10,77
Versicherungssteuer	6.957.748	6.996.312	38.564	0,55
Motorbezogene Versicherungssteuer	9.462.676	10.081.678	619.003	6,54
KFZ-Steuer	243.154	233.490	-9.664	-3,97
Konzessionsabgabe	1.576.110	1.493.309	-82.801	-5,25
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>283.184.479</b>	<b>282.193.815</b>	<b>-990.665</b>	<b>-0,35</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.032.667	7.032.667	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>276.151.813</b>	<b>275.161.148</b>	<b>-990.665</b>	<b>-0,36</b>
Kunstförderungsbeitrag	81.872	83.801	1.928	2,36
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>479.513.001</b>	<b>491.905.302</b>	<b>12.392.302</b>	<b>2,58</b>
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>486.858.570</b>	<b>498.048.425</b>	<b>11.189.856</b>	<b>2,30</b>
*) davon:				
Getränksteuerausgleich	40.633.360	42.091.388	1.458.028	3,59
Getränksteuerausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuerausgleich	41.085.336	42.726.264	1.640.928	3,99
Werbesteuerausgleich	439.729	437.193	-2.536	-0,58
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.296.809	2.285.645	-11.164	-0,49

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2013</b> (vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2013 (endgültig)	Juni 2013 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	108,1	108,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,4	118,4
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	130,9	130,9
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	137,7	137,7
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	180,1	180,1
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	280,0	280,0
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	491,3	491,3
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	626,0	626,0
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	628,1	628,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juni 2013 beträgt 108,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2013 unverändert geblieben (Mai 2013 gegenüber April 2013: +0,2%). Gegenüber Juni 2012 ergibt sich eine Steigerung um 2,2% (Mai 2013/2012: +2,3%).</p>		

**Erscheinungsort Innsbruck**  
**Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
 Amt der Tiroler Landesregierung,  
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370  
[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck